

Washington News

Handel | Digital | Energie

September 2025



Im Fokus



Im Fokus: Haushaltsdebatten im US-Kongress

Das Repräsentantenhaus verabschiedete am Freitag einen kurzfristigen Übergangshaushalt (*Continuing Resolution, CR*) um einen Regierungsstillstand zu verhindern und die Regierungsfinanzierung über den Beginn des neuen Haushaltsjahres am 1. Oktober hinaus aufrechtzuerhalten.

Diese Übergangsrösolution würde die Regierung bis zum 21. November finanzieren, ohne wesentliche Änderungen an den bestehenden Ausgaben, aber mit zusätzlicher Mittelbereitstellung für die Sicherheit von Beamten im Kongress, der Exekutive und dem Justizministerium. Dies ist das Ergebnis erhöhter Sicherheitsbedenken für Beamte nach der Ermordung des politischen Aktivisten Charlie Kirk. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, bezeichnete dies als eine „saubere“ Übergangslösung, die dem Kongress weitere sieben Wochen Zeit geben

würde, um sich auf einen Plan zur Finanzierung der Regierung für das nächste Haushaltsjahr zu einigen. Die Demokratische Fraktion im Senat signalisiert, dass sie der CR nicht zustimmen wird, weil wichtige Anliegen wie Gesundheitskosten und Medicaid-Sachverhalte nicht ausreichend berücksichtigt seien. Sprecher Johnson sagte, die Debatte über diese Maßnahmen sei „ein politisches Thema für Dezember, kein Finanzierungsproblem für September“.

Regierungsstillstände sind bei den Wählern allgemein unbeliebt, weshalb beide Parteien im Kongress in der Regel versuchen, sich gegenseitig die Schuld dafür zuzuschieben. Die Abstimmung im Repräsentantenhaus fiel mit 217 zu 212 Stimmen aus, wobei ein Demokrat sich den Republikanern anschloss und zwei Republikaner sowie alle anderen Demokraten gegen den Gesetzentwurf stimmten. Im Senat ist eine Mehrheit von 60 Stimmen notwendig. Mit 53 Senatoren ist die GOP also auf Stimmen der Demokraten angewiesen. Sollte kein Kompromiss erreicht werden, droht ein *Government Shutdown*. (sh)



Handel

Reziproke Zölle

Um den Bedingungen neuer Handelsabkommen gerecht zu werden, hat Präsident Trump per Dekret das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) und das US-Wirtschaftsministerium (DOC) ermächtigt, Zölle über eine Bekanntmachung im US-Bundesregister anzupassen. Präsident Trump führte als Beispiel das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union und die Zollsenkungen für Autos und Autoteile an. Während die EU-Gesetzgebung zur Abschaffung von Zöllen auf US-Industriegüter eingeführt hat, wurde zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Newsletters die Senkung des 25-prozentigen Zolls auf EU-Autos und Autoteile auf 15 Prozent noch nicht offiziell bestätigt.



Anhang II des Dekrets wurden einige Artikel hinzugefügt (Goldbarren, bestimmte kritische Mineralien und Arzneimittel), wodurch diese von den reziproken Zöllen ausgenommen werden. Andere Produkte wurden von der Liste entfernt (Aluminiumhydroxid, Harz, Silikonprodukte), was bedeutet, dass die reziproken Zölle nun gelten. Die Verordnung enthält auch den Anhang III *Potential Tariff Adjustments for Aligned Partners (PTAAP)* (Seite 38), der eine Liste von Produkten enthält, für die der Präsident nach Abschluss von Handels- und Sicherheitsabkommen möglicherweise nur den Meistbegünstigungszoll (MFN) anwenden möchte. Die Produkte lassen sich in vier Kategorien einteilen: (1) bestimmte Flugzeuge und Flugzeugteile, (2) bestimmte Generika und deren Inhaltsstoffe, (3) nicht verfügbare natürliche Ressourcen und eng damit verbundene Derivate, (4) landwirtschaftliche Produkte, die nicht im Inland angebaut oder in ausreichenden Mengen produziert werden.

Aufnahmeverfahren zur Erweiterung der Section 232 Zölle

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) des US-Wirtschaftsministeriums hat zwei regulatorische Aktualisierungen bekannt gegeben, die zu Zöllen gemäß Section 232 auf viele weitere Produkte aus Stahl, Aluminium und Artikel im Zusammenhang mit Automobilen und deren Teilen führen könnten. Das BIS hat eine öffentliche Konsultationsphase eröffnet, während der inländische Hersteller die Möglichkeit haben, Kommentare abzugeben, welche zusätzlichen Produkte in die Liste aufgenommen werden und mit Zöllen in Höhe von 50 Prozent belegt werden sollen. Die Konsultationsphase läuft laut einer Bekanntmachung im Bundesregister bis zum 29. September.

Dies ist der zweite Zyklus des Aufnahmeverfahrens für Stahl- und Aluminiumderivate, das alle vier Monate stattfinden soll. Im August hat das US-Wirtschaftsministerium nach Abschluss des ersten Aufnahmeverfahrens Hunderte von Produkten in die Produktliste aufgenommen. Das US-Wirtschaftsministerium hat außerdem eine interim final rule erlassen, um die 25-prozentigen Zölle auf Automobilteile durch ein Aufnahmeverfahren zu erweitern. Dieses Aufnahmeverfahren beginnt am 1. Oktober (eine Verzögerung gegenüber dem ursprünglich angekündigten Termin am 1. Juli).

Mehr als 40 Industrieverbände sprachen sich gegen das Aufnahmeverfahren aus und forderten das US-Wirtschaftsministerium auf, einen Prozess zur Ablehnung eines Aufnahmeantrags zu ermöglichen und die Streichung eines Produkts aus der Derivateliste in Betracht zu ziehen. Es läuft aktuell eine Konsultationsphase zur Notwendigkeit und zum Wert öffentlicher Beiträge im Rahmen des Verfahrens zur Einbeziehung von Stahl- und Aluminiumderivaten. Stellungnahmen können bis zum 30. September eingereicht werden.

IEEPA-Zölle Gerichtsverfahren

Am 29. August 2025 bestimmte das US-Berufungsgericht für den *Federal Circuit* in einer 7:4 Entscheidung, dass Präsident Trump mit der Verhängung von Zöllen gegen fast alle Handelspartner der USA seine Befugnisse gemäß dem *International Emergency Economic Powers Act (IEEPA)* überschritten habe. Das Gericht stellte fest, dass die Auslegung der Regierung gegen die *Major Questions Doctrine* des Obersten Gerichtshofs (*Supreme Court*) verstößt. Danach benötigen US-Präsidenten die klare Zustimmung des Kongresses, um bedeutende Maßnahmen in wichtigen politischen oder wirtschaftlichen

Receiv...
Fragen zu greifen. Die vier Richter, die die Zölle bestätigt hätten, schreiben in einer abweichenden Meinung, dass nichts im IEEPA-Gesetz vorschreibt, dass die Regulierung der Einfuhr begrenzt oder vorübergehend sein muss, und dass der Kongress bei der Ausarbeitung des Gesetzes bewusst eine weitreichende Befugnis Übertragung für Notfälle vorgenommen habe. Die Entscheidung des Bundesberufungsgerichts enthält auch die einstimmige Feststellung, dass das Gericht für internationalen Handel (*Court of International Trade*) die ausschließliche Zuständigkeit für den Rechtsstreit hat.

Infolge des Urteils reichte die Regierung einen Antrag ein, den Fall vor den Obersten Gerichtshof zu bringen. In einem stark beschleunigten Zeitplan beabsichtigt das Gericht, Mitte September mit der Einreichung von Schriftsätzen zu beginnen. Die mündliche Verhandlung ist für den 5. November angesetzt. Das Urteil des Berufungsgerichts wird ausgesetzt, bis der Fall beim Obersten Gerichtshof abgeschlossen ist.

„De minimis“-Zollbefreiung endet

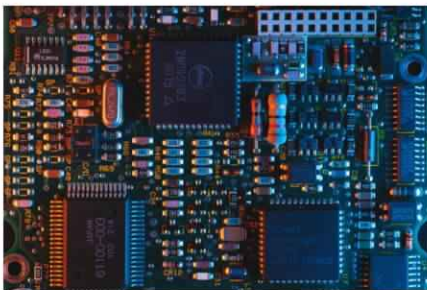
Präsident Trump hat die „De minimis“-Befreiung per Verordnung mit Wirkung zum 29. August 2025 beendet. Postdienste in fast 30 Ländern haben den Versand von Paketen in die USA vor Ablauf der Frist ausgesetzt, um sich auf die neue Regelung und die damit verbundenen höheren Kosten einzustellen. Bis Ende Februar 2026 akzeptiert der US-Zoll eine 6-monatige Pauschalgebühr, die vom Zollsatz des Herkunftslandes abhängt: 80, 160 oder 200 US-Dollar pro Artikel für Länder mit Zöllen unter 16 %, zwischen 16 % und 25 % bzw. über 25 %. Versandunternehmen warnen vor höheren Versandkosten, unerwarteten Zollgebühren für Kunden und Paketen, die im Zoll hängen bleiben oder an den Absender zurückgeschickt werden.

USTR verlängert Zollaussnahmen gemäß Section 301 für China

Das Büro des US-Handelsbeauftragten kündigte in einer Bekanntmachung im *Federal Register* an, dass es die Ausnahmen von den Zöllen gemäß Section 301 für chinesische Waren im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen und der Solarindustrie verlängern werde. Alle 178 Ausnahmen wurden wiederholt verlängert und sollten ursprünglich am 31. August auslaufen. Sie wurden nun bis zum 29. November 2025 verlängert. (sh)



Digital



Präsident Trump kündigt 10% Regierungsbeteiligung an Intel an

Die US-Administration hat einen 10-prozentigen Anteil am Chiphersteller Intel erworben. Dafür wurde der von der Biden-Administration zugesprochene Zuschuss des *Chips and Science Act* umgewandelt. Intel bestätigte die Details des Deals, dessen volle Höhe 11,1 Milliarden US-Dollar betragen soll. Weitere solcher Vereinbarungen mit anderen durch das CHIPS-Programm oder anderen Mitteln

unterstützter Unternehmen seien laut US-Regierung in Planung.

Die Rechtmäßigkeit der Umwandlung von staatlichen Zuschüssen in Unternehmensbeteiligungen ist unklar. Trump hatte zuvor in einer Kongressrede vor beiden Kammern die CHIPS-Zuschüsse kritisiert und dazu aufgefordert die Mittel zurückzuziehen. US-Wirtschaftsminister Lutnick hat sich bislang eher positiv über die Subventionen geäußert.

USA und UK unterzeichnen Absichtserklärung zu Zukunftstechnologien

Präsident Trump und der britische Premierminister Keir Starmer unterzeichneten eine Absichtserklärung zu Künstlicher Intelligenz, ziviler Kernenergie, Kernfusion und Quantentechnologien. Der sogenannte *Technology Prosperity Deal* verspricht gemeinsame Forschungsprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich KI durch Einrichtungen wie die *US-National AI Research Resource* und die britische *AI Research Resource*. Das *US-Center for AI Standards and Innovation* und das britische *AI Security Institute* sollen sich über innovationsfreundliche KI-Standards abstimmen und Fachkräfte

Receiv... austauschen. Im Bereich der zivilen Kernenergie haben sich beide Länder verpflichtet, bis 2028 die vollständige Unabhängigkeit von russischem Kernbrennstoff zu erreichen und die behördlichen Genehmigungsverfahren zu straffen, wobei ein Zeitrahmen von zwei Jahren für die Überprüfung von Reaktorkonstruktionen und die Erteilung von Standortgenehmigungen innerhalb eines Jahres vorgesehen ist.

Die Absichtserklärung verspricht auch eine vertiefte bilaterale Zusammenarbeit bei der Festlegung von Quanten-Benchmarks und -Standards. Die USA und das Vereinigte Königreich werden zusätzlich ein *Quantum Industry Exchange Program* und eine *Quantum Code Challenge* ins Leben rufen, um praktische Anwendungsfälle für Quantencomputer zu fördern. Neue Bereiche der Zusammenarbeit bei der Fusionstechnologie waren weniger konkret, wobei die Partner eine verstärkte Nutzung von KI in der Fusionsforschung und die Entstehung eines globalen Fusionsmarktes unter der Führung der USA und des Vereinigten Königreichs forderten. Die beiden Länder wollen innerhalb von sechs Monaten eine Arbeitsgruppe auf Ministerebene einrichten und jährlich formelle Gespräche über den Fortschritt der Kooperationsprogramme führen. Mehrere US-Technologieunternehmen kündigten parallel zur Absichtserklärung neue Investitionen im Vereinigten Königreich in Höhe von insgesamt rund 150 Milliarden Britische Pfund an.

Kongress verhandelt über Techpolitik im Verteidigungsfinanzierungsgesetz NDAA

Eventuell könnten Chiphersteller zukünftig US-Kunden Vorrang für qualitativ hochwertige Produkte gegenüber dem chinesischen Markt gewähren. Der Ausschuss für die US-Streitkräfte im Kongress diskutiert über die Aufnahme einer dementsprechenden Formulierung in den *National Defense Authorization Act (NDAA)* für 2026.

Der Senatsentwurf zum *Guaranteeing Access and Innovation for National Artificial Intelligence Act (GAIN AI Act)* gewann parteiübergreifend Zuspruch, so auch sein Äquivalent im Repräsentantenhaus. Ein Änderungsantrag, der einen solchen Präferenzzugang festgelegt hätte, wurde allerdings aus der Ausschussversion des NDAA entfernt. Sowohl die Technologiebranche als auch das Weiße Haus stehen dem vorgeschlagenen *GAIN AI Act* kritisch gegenüber. Wirtschaftsverbände wie ITI und die Semiconductor Industry Association argumentieren, der *GAIN AI Act* sei für Unternehmen übermäßig belastend und stehe im Widerspruch des erklärten Ziels der Administration, die weltweite Einführung von US-KI-Technologie voranzutreiben. Das Weiße Haus lehnt das Gesetz mit der Begründung ab, dass es die präsidentielle Entscheidungsfreiheit bei Exportkontrollen einschränken würde. (jm)



Energie

EPA: Regelvorschläge zum Ende von CO2-Emissionregulierung

Die US-Umweltschutzbehörde EPA nimmt mit der Regulierung von Treibhausgasen eine zentrale Rolle in der US-Energie- und Klimapolitik ein. Hierzu schlug die Behörde nun eine Reihe an Maßnahmen zur Umsetzung von Präsident Trumps Deregulierungsagenda vor. In einem neuen Verfahren schlägt die EPA vor, das sogenannte *Endangerment Finding* von 2009 zurückzunehmen.



Diese Einschätzung ist Grundlage der Regulierung von Treibhausgasemissionen durch die EPA. Eine Rücknahme würde unter anderem Teile der Treibhausgasregulierung durch die EPA für den Automobilsektor beenden. Die EPA argumentiert, dass sie lediglich das Recht habe lokale Luftverschmutzung zu regulieren, nicht aber globale Emissionen wie Treibhausgase. Das Regelverfahren und seine wissenschaftliche Begründung wurden umgehend verklagt.

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/25/2026 3:53:23 PM
Auch schlug die EPA ein neues Regelverfahren vor, ein zentrales Programm zur Erfassung und Berichterstattung von Treibhausgasen großer Emittenten zu beenden. Die Behörde argumentiert, die Abschaffung des sogenannten *Greenhouse Gas Reporting Program* könne signifikante Kostenersparnisse mit sich bringen und sei ohnehin nicht im zugrundeliegenden Statut, dem *Clean Air Act*, vorgesehen. Das Programm besteht seit 2009 und sammelt Daten von 47 verschiedene Arten industrieller Emissionsquellen, insgesamt circa 8.000 Einrichtungen und Anlagen. Der EPA-Regelvorschlag würde die Datenerhebung für 46 dieser Quellen sofort aussetzen und die Berichterstattung von Methanemissionen der Öl- und Gasindustrie auf 2034 aufschieben. Dies stünde im Einklang mit den Richtlinien des republikanischen Haushaltsgesetzes vom Juli 2025, dem sogenannten *One Big Beautiful Bill* (OB BB). Ohne das Programm würde der US-Industrie zentrale Daten fehlen, um die Emissionsintensität von US-Industriegütern mit internationalen Wettbewerbern zu vergleichen.

US-Offshore Windindustrie im Visier der Administration

Die Trump-Administration kündigte bereits in den ersten Wochen eine großflächige Überprüfung der Regulatorik und der Genehmigungsprozesse für die Offshore Windindustrie an. Die Verschärfungen in Form von regulatorischen Revisionen, neuen Regelvorschlägen und entzogenen Genehmigungen nehmen nun Form an.

Das US-Innenministerium DOI veröffentlichte eine Direktregel, die die 5-jährige Ausweisung neuer Gewässer-Pachtverträge für Offshore Windenergie bis auf weiteres beendet. Ferner stellt eine neue Regel des Ministeriums die finale Genehmigung gewisser, auch routinemäßiger Tätigkeiten, erneuerbarer Energieprojekte unter die direkte Aufsicht des Innenministers. Laut Industrievertretern komme dies de facto einem Veto gleich. Auch Onshore Windkraftprojekte sind nun Gegenstand von Rücknahmen bereits erteilter Genehmigungen.

Von regulatorischer Seite wurden neue Maßnahmen vorgeschlagen, die auf die Landnutzung und Tierschutzbedenken rund um Windkraftprojekte abzielen. So schreibt das Ministerium, Windkraft- und Solarprojekte nähmen überproportional viel Landfläche für die Produktion derselben Menge an Strom ein im Vergleich zu traditionellen Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken. Ein dementsprechend neues Kriterium der „Kapazitätsdichte“ wurde dem Kriterienkatalog für die Nutzung öffentlicher Ländereien hinzugefügt. Weitere mögliche regulatorische Hürden für Onshore-Windkraftprojekte kündigte das DOI in den Sozialen Medien an. Dazu möchte das Ministerium bestehende Regeln zum Schutz von Stein- und Weißkopfsheedlern verstärken und deren Vollzug konsequenter vornehmen.

Weitere Beschränkungen erließ das US-Verkehrsministerium DOT. Es kündigte die Rücknahme von Unterstützung in Höhe von 679 Millionen US-Dollar für 12 Infrastrukturprojekte wie den Hafenausbau und Produktionsstätten für die Offshore-Industrie an. Ein neuer Regelvorschlag würde außerdem ein Abstandsgebot für Windturbinen von Schienennetzen und Highways von ca. 2 Kilometern einführen. Das Ministerium begründet den Vorschlag mit möglichen Interferenzen von Radiosignalen.

Teil der jüngsten Maßnahmen gegen konkrete Windkraftprojekte ist ein verhängter Arbeitsstopp gegen Revolution Wind, ein *Joint Venture* der Firmen Ørsted und Skyborn Renewables. Die US-Behörden verwiesen zunächst nur auf vage Bedenken zur nationalen Sicherheit und konkretisierten im Gerichtsprozess das Projekt habe es versäumt eine Vereinbarung mit dem US-Verteidigungsministerium über elektromagnetische Strahlungen und Glasfasersensoren zu treffen. Das Projekt ist zu 80 Prozent fertiggestellt und verfügt laut Ørsted über alle nötigen Genehmigungen. Ørsted und Skyborn Renewables gehen gerichtlich gegen den Arbeitsstopp vor. Auch bat die Trump Administration im Rahmen eines Gerichtsprozesses ein Offshoreprojekt in Maryland, freiwillig die Genehmigungen für den Bau und die Betreibung zurückzugeben. (pm)





Ozapfl is!

Vergangenen Mittwoch lud die *Delegation of German Industry and Commerce* zu ihrem alljährlichen Oktoberfest ins Decatur House in Washington, DC. Mehr als 300 internationale Gäste feierten im Namen der transatlantischen Partnerschaft mit fröhlicher Musik, Bier und deutschen Spezialitäten. Neben Dr. Christoph Schemionek, Delegierter der Deutschen Wirtschaft, eröffnete

Jean Pierre Froehly, Leiter der Wirtschafts- und Finanzabteilung der deutschen Botschaft in Washington, das Oktoberfest. (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200 | Washington, DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Im Blickpunkt

Die neue Industriepolitik der USA unter Trump II

Jay Morgan,
November 2025

Die Vorstellung, dass ein Staat wie ein Unternehmen agieren sollte, bedeutet in der Regel, dass privatwirtschaftliches Denken auf staatlich geförderte Projekte übertragen wird. Behörden sollen dabei effizient, serviceorientiert und bürgerfreundlich handeln – ähnlich wie Unternehmen gegenüber ihren Kunden.

Die Wirtschaftsdoktrin der zweiten Trump-Regierung geht jedoch einen Schritt weiter: Sie sieht vor, dass der Staat selbst strategische Beteiligungen eingeht und aktiv neue Einnahmequellen erschließt. Beispiele dafür sind Investitionen in Chiphersteller, Stahlproduzenten und Bergbauunternehmen. Diese Engagements beinhalten häufig Aufsichtsratsmandate oder Vereinbarungen über Gewinnbeteiligungen. Präsident Trump und sein Wirtschaftsteam haben angekündigt, weitere solcher Beteiligungen anzustreben.

Damit vollzieht der US-Staat unter Trump einen Paradigmenwechsel – vom ökonomischen Schiedsrichter hin zum Kapitän der eigenen Nationalmannschaft.

Historischer Kontext

Obwohl Staatsunternehmen oder staatliche Beteiligungen an strategisch oder politisch relevanten Firmen in vielen Ländern der Welt gängige Praxis sind, hat sich der US-Staat historisch gesehen mit direkten Eingriffen in die Wirtschaft eher zurückgehalten. Nur in außergewöhnlichen Notlagen – etwa nach der Finanzkrise von 2008 – übernahm die Regierung vorübergehend Unternehmensanteile, wie im Fall von General Motors, die später wieder an den Markt zurückgegeben wurden.

Bereits in den 1930er Jahren stand der US-Supreme Court dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates unter Präsident Franklin D. Roosevelt zunächst kritisch gegenüber, gab seine Blockadehaltung jedoch schließlich auf. In den 1950er Jahren verhinderte das Gericht dann, dass die Truman-Administration während des Koreakriegs ein Stahlunternehmen zeitweise verstaatlichte, da dafür die gesetzliche Grundlage durch den Kongress fehlte.

Abgesehen von einzelnen, begrenzten Initiativen – etwa dem Halbleiterkonsortium SEMATECH in den späten 1980er Jahren – blieb die US-Regierung im gesamten 20. Jahrhundert skeptisch gegenüber einer aktiven Industriepolitik. Seit den 1980er Jahren lag der wirtschaftspolitische Fokus darauf, günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen und den Staat weitgehend auf die Rolle eines Dienstleisters zu beschränken. Unter Präsident Biden änderte sich dieser Kurs grundlegend. Die Bundesregierung leitete eine aktive Industriepolitik ein, wie sie in der jüngeren US-Geschichte beispiellos war. Mit drei zentralen Gesetzespaketen – dem *Infrastructure Investment and Jobs Act* (IIJA), dem *CHIPS and Science Act* und dem *Inflation Reduction Act* (IRA) – schufen die Biden-Administration und der damals von den Demokraten kontrollierte Kongress umfangreiche Steueranreize, Subventionen und staatlich finanzierte Großinfrastrukturprojekte.

Vor allem der *CHIPS and Science Act* und der IRA förderten Zukunftstechnologien in den Bereichen Halbleiterproduktion und grüne Technologien. Diese Programme sowie die IIJA-

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/25/2026 3:53:23 PM
Initiativen waren mit klaren Anforderungen zur Stärkung der US-inländischen Wertschöpfung verbunden. Empfänger von CHIPS-Subventionen oder IRA-Steuerzuschüssen mussten nachweisen, dass sie überdurchschnittliche Löhne zahlten, gewerkschaftlich organisierte Arbeitskräfte beschäftigten oder bestimmte Sozialleistungen – etwa Kinderbetreuung – für ihre Mitarbeiter anboten. Ziel war es nicht nur, die Produktion in kritischen Sektoren zu stärken, sondern zugleich soziale Gerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen zu fördern.

Während Teile der US-Wirtschaft die neue Industriepolitik grundsätzlich begrüßten, stießen die sozialpolitischen Auflagen der Biden-Programme auf Kritik. Viele Unternehmen bewerteten die zusätzlichen Bedingungen als übermäßig bürokratisch und wirtschaftlich ineffizient – insbesondere Vorgaben wie verpflichtende Kindertagesstätten in allen durch den *CHIPS Act* geförderten Werken.

Mit dem Amtsantritt von Donald Trump in seiner zweiten Präsidentschaft fielen viele dieser sozialpolitischen Anforderungen weg. Die neue Regierung strich in den folgenden Monaten zahlreiche Bundesmittel, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes, und verlagerte den Schwerpunkt der Industriepolitik stärker auf Deregulierung und direkte Produktionsförderung.

Neue Entwicklungen unter Trump II

Die neuen Ziele der US-Industriepolitik unter Präsident Trump richten sich auf einen raschen Ausbau der inländischen Produktion ab – insbesondere in der Schwerindustrie, in verteidigungsrelevanten Sektoren sowie im Bereich der KI-bezogenen Rechenkapazitäten. Unterstützt werden soll dieses Vorhaben durch eine beschleunigte Ausweitung der heimischen Energiegewinnung und der Förderung kritischer Rohstoffe.

Zu diesem Zweck hat die Trump-Administration im Weißen Haus einen sogenannten *Energy Dominance Council* eingerichtet, der die Deregulierungsagenda zwischen allen relevanten Bundesbehörden koordinieren soll. Zudem hat das US-Handelsministerium einen neuen Investment Accelerator ins Leben gerufen, der Direktinvestitionen für Großprojekte mit einem Volumen von über einer Milliarde US-Dollar beschleunigen soll. Mit einer strikten Zollpolitik will Präsident Trump die lokale Produktion ankurbeln und neue Arbeitsplätze für junge Amerikanerinnen und Amerikaner ohne College-Abschluss schaffen.

Dass ein republikanischer Präsident auf Entbürokratisierung setzt und Zölle als handelspolitisches Instrument nutzt, ist nicht neu. Bereits Ronald Reagan verfolgte während seiner Amtszeit ähnliche Ansätze – wenn auch in deutlich kleinerem Umfang und ohne die flächendeckenden Zölle, die Trumps Politik kennzeichnen. Der zentrale Unterschied zwischen der neuen Trump-Industriepolitik und den Strategien seiner Vorgänger liegt in der aktiven Einmischung des US-Staates in das operative Geschäft privater Unternehmen.

Im Folgenden werden zentrale Beispiele industriepolitischer Maßnahmen der zweiten Trump-Regierung dargestellt, die einzelne Unternehmen direkt betreffen. Sie lassen sich drei Kategorien zuordnen: Schwerindustrie, kritische Rohstoffe und Technologie.

Schwerindustrie

Nippon Steel

Das erste Beispiel für die neue Vorgehensweise war die Teilübernahme von US Steel durch Nippon Steel. Die Biden-Administration hatte die vollständige Übernahme aus Sicherheitsgründen blockiert. Nach Einschätzung der Regierung könnte der ausländische Besitz eines der wichtigsten Produzenten der US-Stahlindustrie im Krisenfall die Zusammenarbeit zwischen dieser strategisch bedeutsamen Branche und dem Staat gefährden.

Auch Donald Trump äußerte sich während des Wahlkampfs 2024 kritisch zur geplanten Veräußerung von US Steel. Nach einem Treffen mit dem japanischen Premierminister Ishiba im Februar erklärte er jedoch, einer Teilübernahme offen gegenüberzustehen.

Um mögliche Sicherheitsbedenken auszuräumen, forderte Trump einen sogenannten „goldenen Anteil“ an US Steel. Dieser sichert der US-Regierung Vetorechte bei zentralen Unternehmensentscheidungen – etwa bei Werkschließungen oder Stellenabbau in den USA – ein, ohne dass sie selbst eine Kapitalbeteiligung an US Steel hält.

Kritische Rohstoffe

MP Materials

Auf die Vereinbarung mit Nippon Steel folgte eine Investition des US-Verteidigungsministeriums (DOD) in MP Materials, ein Bergbau- und Fertigungsunternehmen für Dauermagnete. Im Rahmen des im Juni 2025 abgeschlossenen Abkommens stellt das DOD MP Materials einen Kredit von mehr als 150 Millionen US-Dollar zur Erweiterung einer Schmelzanlage für Seltene Erden bereit. Zudem verpflichtet sich das Ministerium, Aktien des Unternehmens im Wert von rund 400 Millionen US-Dollar zu erwerben, was einem Anteil von etwa 15 Prozent entspricht.

Damit wird das DOD zum größten Einzelinvestor von MP Materials und verpflichtet sich zugleich, in den kommenden zehn Jahren Produkte des Unternehmens zu einem Mindestpreis von 110 US-Dollar pro Kilogramm abzunehmen. Ziel der Partnerschaft ist es, die langfristige Versorgung des US-Militärs mit Dauermagneten zu sichern und die Wertschöpfungskette für Seltene Erden schrittweise in die Vereinigten Staaten zu verlagern.

Lithium Americas

Das US-Energieministerium (DOE) hat ein im Oktober 2024 abgeschlossenes Abkommen zwischen dem DOE *Loan Programs Office* und dem Unternehmen Lithium Americas neu strukturiert. Im Zuge dessen erwarb das DOE eine fünfprozentige Beteiligung an Lithium Americas. Zusätzlich erhält das Ministerium eine weitere Beteiligung von fünf Prozent in Form von Optionsscheinen am Gemeinschaftsunternehmen von Lithium Americas und General Motors.

Die Optionsscheine dienen zugleich als Sicherheit für den DOE-Kredit an Lithium Americas. Durch die neu ausgehandelten Bedingungen fließen dem Unternehmen 100 Millionen US-Dollar an neuem Kapital zu. Die Mittel sollen den Bau einer Produktionsanlage für Lithiumkarbonat finanzieren – einem zentralen Ausgangsstoff für die Batterieherstellung.

Technologie

Intel

Eines der bekanntesten Beispiele für den neuen industriepolitischen Kurs der Trump-Administration ist die im September angekündigte Teilübernahme von Intel. Das US-Handelsministerium (DOC) wandelte dabei sein bestehendes Abkommen mit dem Unternehmen im Rahmen des CHIPS-Programms grundlegend um.

Anstelle einer Zuschussfinanzierung zur Erreichung bestimmter Produktionsmeilensteine verkaufte Intel Unternehmensanteile im Wert von insgesamt 8,9 Milliarden US-Dollar an die US-Regierung. Im Gegenzug erhält das Unternehmen den Betrag unmittelbar, anstatt – wie ursprünglich vorgesehen – über mehrere Jahre gestaffelte Auszahlungen zu erhalten.

Mit dem Erwerb dieser Beteiligung wird der US-Staat zum größten Einzelinvestor von Intel und hält nun einen Anteil von 9,9 Prozent. Präsident Trump und führende Mitglieder seines Wirtschaftsteams haben bestätigt, dass die Administration weitere ähnliche Vereinbarungen in anderen Wirtschaftssektoren plant.

Auflösung von Natcast

Parallel zu den Neuverhandlungen der CHIPS-Fördermittel hat das US-Handelsministerium (DOC) die Auflösung des *National Center for the Advancement of Semiconductor Technology* (Natcast) bekannt gegeben. Natcast war von der Biden-Administration als gemeinnützige Organisation gegründet worden, um Forschungs- und

Die direkte Aufsicht über das öffentlich-private Konsortium aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen soll künftig das *National Institute of Standards and Technology* (NIST) übernehmen, eine dem DOC untergeordnete Behörde. Dadurch erhält die Trump-Administration größeren Einfluss auf das rund 7,4 Milliarden US-Dollar umfassende Budget für Forschung und Entwicklung im Halbleiterbereich.

Nvidia und AMD

Mehrere Quellen bestätigen, dass die Trump-Administration die Exportbeschränkungen für Hochleistungschips der Unternehmen Nvidia und AMD nach China gelockert hat. Im Gegenzug erhält die US-Regierung 15 Prozent der daraus erzielten Einnahmen. Im Unterschied zu anderen Fällen staatlicher Beteiligung verzichtete die Administration hierbei auf direkte Eigentumsanteile oder Aufsichtsrechte bei den Halbleiterherstellern. Details des angekündigten Abkommens wurden bislang nicht veröffentlicht.

Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

Gemeinsam mit den Aussagen von Präsident Trump und seinen Wirtschaftsberatern skizzieren die zuvor beschriebenen Beispiele die neu entstehende US-Industriepolitik der zweiten Trump-Administration. Unter Trump nimmt die US-Regierung direkten Einfluss auf die Wirtschaft, um die Produktion in kritischen Sektoren ins Inland zu verlagern und neue Einnahmequellen für den Staat zu erschließen. Der Präsident trägt im Weißen Haus zunehmend die alleinige Entscheidungsmacht, und persönliche Beziehungen zu ihm und seinen Beratern gewinnen auch wirtschaftlich an Bedeutung.

Die Trump-Regierung priorisiert dabei folgende Sektoren:

- Produzierendes Gewerbe, insbesondere Schwerindustrie und verteidigungsrelevante Branchen
- Rohstoffe und Bergbau
- Energiegewinnung, vor allem fossile Brennstoffe und Kernenergie
- Zukunftstechnologien: Halbleiter, KI, Quantencomputing, Biotechnologie
- Pharmazeutika

Unternehmen in diesen Bereichen können künftig mit verstärkter Aufmerksamkeit durch die US-Politik rechnen. Der Fall Nippon Steel zeigt, dass die Trump-Administration ausländische Direktinvestitionen grundsätzlich willkommen heißt, in bestimmten Fällen jedoch direkte Aufsichtsrechte oder Beteiligungen verlangt.

Da die US-Regierung einen parteiübergreifenden Kurs auf aktive wirtschaftliche Beteiligung einschlägt, sollten ausländische Unternehmen und ihre Tochtergesellschaften in den USA nicht passiv bleiben oder sich ausschließlich auf ihr operatives Tagesgeschäft konzentrieren.

Vor wenigen Jahren galten Nvidias Chips noch als einfache Konsumgüter für Videospiele; heute stehen sie im Zentrum eines geopolitischen Wettkampfs. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich in anderen Sektoren ab und betreffen bereits Teile weiterer Wertschöpfungsketten.

Deutsche Unternehmen und ihre Verbände können ihre Interessen in den USA aktiv vertreten. Nur so lassen sich die zunehmend politisierten US-Wirtschaftsstrukturen mitgestalten. RGIT (das Gemeinschaftsbüro von BDI und DIHK), Industrieverbände und das AHK-USA-Netzwerk bieten dafür eine Vielzahl von Kommunikationskanälen für den direkten Austausch mit US-Entscheidungsträgern auf Bundes- und einzelstaatlicher Ebene. Government-Affairs-Teams sollten ihre Rolle für Unternehmen im US-Markt verstärkt in den Vordergrund rücken.

Ein altes Washingtoner Sprichwort bringt die Lage auf den Punkt: „Wenn man nicht am Tisch sitzt, steht man auf der Speisekarte.“



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200 | Washington ,
DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Dezember 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

2025 war ein besonders ereignisreiches Jahr – gerade hier in Washington, D.C. Ungeachtet der Vielzahl an Meldungen haben wir uns intensiv bemüht, Sie kontinuierlich über wichtige handels- und wirtschaftspolitische Entwicklungen in den USA auf dem Laufenden zu halten.

Neben der wöchentlichen und monatlichen Berichterstattung hat das Team des RGIT in diesem Jahr zahlreiche Delegationen aus Deutschland begrüßt, viele Roundtable-Diskussionen organisiert und mehrere Webinare zu Themen aus unseren drei Kernbereichen (Handel, Energie, Technologie) durchgeführt.

Auch im kommenden Jahr erwarten wir eine hohe Dynamik. Die Handelspolitik der USA, insbesondere im Kontext globaler Unsicherheiten und möglicher Zollentwicklungen, wird ein zentraler Schwerpunkt unserer Berichterstattung bleiben. Darüber hinaus rücken die Bereiche Künstliche Intelligenz (KI), digitale Transformation, Energie und Investitionen weiter in den Fokus. Wir freuen uns darauf, Sie auch 2026 wieder mit Analysen aus Washington zu unterstützen.

Damit verabschieden wir uns mit den letzten Nachrichten aus Washington für dieses Jahr. Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen.

Unser gesamtes Team in Washington wünscht Ihnen erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!



Handel

US-UK Grundsatzdeal zu Arzneimittelpreisen

Die USA und das Vereinigte Königreich haben eine „Grundsatzvereinbarung“ über Arzneimittelpreise erzielt. Im Rahmen der Vereinbarung werden die USA Arzneimittel, Inhaltsstoffe und Medizintechnik aus dem Vereinigten Königreich (UK) von möglichen Zöllen gemäß Section 232 ausnehmen und (für die Dauer der Amtszeit von Präsident Trump) davon absehen, die britischen Arzneimittelpreispraktiken in künftigen



Untersuchungen gemäß Section 301 ins Visier zu nehmen. Im Gegenzug wird die UK die Nettopreise, die sein *National Health Service* (NHS) für neue Medikamente zahlt, um 25

Prozent erhöht. Außerdem wird es Aspekte seines freiwilligen Programms für die Preisgestaltung, den Zugang und das Wachstum von Markenmedikamenten (VPAG) anpassen, darunter die Senkung der Rückzahlungsrate auf 15 Prozent im Jahr 2026. VPAG ist eine Vereinbarung zur Preisgestaltung für Arzneimittel, die Hersteller verpflichtet, einen Prozentsatz der Verkäufe von Markenmedikamenten, die einen bestimmten Grenzwert überschreiten, zurückzuzahlen. Das Vereinigte Königreich hat sich außerdem zur Sicherstellung verpflichtet, dass höhere Preise für neue Medikamente nicht durch umfassendere Zugeständnisse für das gesamte Portfolio oder andere Rabattmechanismen ausgeglichen werden.

Neue Klagewelle gegen Trumps IEEPA-Zölle

Mehrere Importeure, darunter der Einzelhändler Costco, haben vor dem Internationalen Handelsgericht neue Klagen gegen die IEEPA-Zölle von Präsident Trump eingereicht, in der Hoffnung auf eine beschleunigte Bearbeitung der Rückerstattungen. Die neuen Fälle haben keinen Einfluss darauf, ob der Oberste Gerichtshof die Zölle bestätigt oder aufhebt. Vielmehr haben diese Unternehmen Klage eingereicht, um sich ihre eigenen Rechte auf Rückerstattungen zu sichern, falls der Oberste Gerichtshof die Zölle für rechtswidrig erklärt. Unternehmen argumentieren, dass aufgrund des jüngsten Urteils des Supreme Court, das bundesweit geltende einstweilige Verfügungen einschränkt, nur Kläger mit eigenen Urteilen Anspruch auf Rückerstattungen haben könnten. In mehreren Klagen wird auch die Befürchtung geäußert, dass die Lieferungen den Zoll-„Liquidierungsprozess“ (*liquidation process*) abschließen könnten, bevor der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung trifft. Daraufhin könnte der Anspruch auf Rückerstattung verloren gehen. US-Regierungsbeamte sind bereit zu reagieren, sollten die Zölle für ungültig erklärt werden, haben sich jedoch nicht zu vollständigen Rückerstattungen für alle Importeure verpflichtet. (sh)



Digital



Das Weiße Haus initiiert Förderung wissenschaftlicher KI-Anwendungen

Das US-Energieministerium wird im Rahmen der neuen Executive Order (EO) zur Genesis Mission die zentrale Verantwortung für die Bündelung von Datensätzen aus verschiedenen Bundesbehörden sowie für die Bereitstellung der notwendigen Rechenressourcen übernehmen. Die übergeordnete Steuerung und die behördenübergreifende Koordination liegen beim Assistant to the President for Science and Technology, Michael Kratsios, sowie beim Nationalen Rat für Wissenschaft und Technologie.

Die EO sieht mehrere Umsetzungsfristen zwischen 30 und 270 Tagen vor. In diesem Zeitraum sollen relevante Datensätze identifiziert, Cybersicherheitsmaßnahmen entwickelt und erste AI-Fähigkeiten in priorisierten Bereichen demonstriert werden. Zu diesen Schwerpunktbereichen zählen fortschrittliche Fertigung, Biotechnologie, kritische Materialien und Halbleiter.

Die Forschungsinitiativen der Genesis Mission sollen darüber hinaus Daten aus der Privatwirtschaft und von akademischen Partnern einbeziehen. Durch neue Förderprogramme soll die Beteiligung privater Akteure gezielt unterstützt und beschleunigt werden.

Trump sagt Export von Spitzenhalbleitern nach China zu

Laut einer aktuellen Aussage des US-Präsidenten soll der Export bislang streng kontrollierter Spitzenhalbleiter nach China künftig genehmigt werden. Weitere Details sollen vom US-Wirtschaftsministerium veröffentlicht werden; zum Redaktionsschluss lagen jedoch noch keine Informationen vor.

Nach Angaben des Präsidenten sollen 25 Prozent der Erlöse aus diesen Exporten an den US-Staat abgeführt werden. Die angekündigte Lockerung der US-Exportkontrollen stößt in

Weißes Haus will einzelstaatliche KI-Gesetze stoppen

US-Präsident Donald Trump hat per Executive Order angekündigt, dass seine Regierung künftig gegen einzelstaatliche Gesetze vorgehen wird, die die Entwicklung oder Nutzung künstlicher Intelligenz regulieren. Ziel der Administration ist es, einen regulatorischen Flickenteppich im KI-Bereich zu verhindern.

Innerhalb von 90 Tagen soll das US-Wirtschaftsministerium (DOC) die bestehenden KI-Gesetze der Bundesstaaten daraufhin prüfen, ob sie die Entwicklung von KI-Modellen unverhältnismäßig einschränken. Das Justizministerium soll anschließend solche Regelungen vor Gericht anfechten, entweder als verfassungswidrig oder als unvereinbar mit Bundesrecht.

Darüber hinaus stellt das Weiße Haus in Aussicht, Bundesstaaten, die an den beanstandeten Gesetzen festhalten, den Zugang zu Fördergeldern zu kürzen, etwa für Breitbandinfrastruktur oder andere Infrastrukturprojekte.

Gouverneure aus Kalifornien und Florida, aus beiden politischen Lagern, sehen die Executive Order kritisch. Ihrer Ansicht nach haben die Bundesstaaten das Recht, eigene Regeln zu erlassen, solange der US-Kongress kein nationales KI-Gesetz verabschiedet hat. (jm)



Energie

US-Regierung: Rücknahme der Flottengrenzwerte für PKW-Kraftstoffverbrauch geplant

Die Trump-Administration plant eine Lockerung der Standards für den Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugflotten, dem *Corporate Average Fuel Economy* (CAFE)-Programm. Diese wurden zuletzt unter der Biden-Administration verschärft, um sauberere Kraftstoffe und Elektrofahrzeuge zu fördern, indem der Standard für Leichtfahrzeuge bis 2031 auf 50,4 Meilen pro Gallone (21,4 km/l)



angehoben wurde. Die Administration bezeichnete die Standards der Biden-Ära als unerreichbar und nennt die Erschwinglichkeit des Autokaufs einen der Hauptgründe für die Rücknahme. Nach Schätzungen des US-Verkehrsministeriums DOT würde nach der neuen Regel der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch bis 2031 bei etwa 34,5 Meilen pro Gallone (14,7 km/l) liegen. Der Vorschlag enthält Maßnahmen, die strengere Verbrauchsstandards von Kalifornien und anderen Bundesstaaten verhindern sollen.

EPA verschiebt US-Methanregel, BLM verzögert eigene Regel

Eine neue Regelung der US-Umweltschutzbehörde EPA beschließt die Verschiebung der Methanemissionsregelung der Biden-Administration. Die neue Regel gibt Öl- und Gasproduzenten mehr Zeit für die Installation von Monitoring-Systemen für Methanemissionen und den Bundesstaaten weitere 10 Monate Zeit, um Pläne vorzulegen, wie sie Öl- und Gasproduzenten zur Reduzierung ihrer Methanemissionen verpflichten wollen. Eine geplante Zertifizierung für Drittparteien zur Überwachung von Methanleckagen wurde auf 2027 verschoben. Zeitgleich arbeitet die EPA daran, das sogenannte Endangerment Finding aufzuheben, welches die administrative Grundlage für Regelungen von Treibhausgasemissionen bildet. Die neue Regelung wurde von mehreren US-Umweltverbänden verklagt.

Auch das *Bureau of Land Management* (BLM) verschob die Durchsetzung seiner separaten Methane Waste-Regelung. Nach dieser würde die Administration Lizenzgebühren auch für entwichenes Methan erheben, welches nicht auf den Markt gelangt, zum Beispiel durch Lecks, Abfackelung oder Druckausgleichssysteme.

Unternehmen erhalten ein zusätzliches Jahr Zeit, um die zwei Hauptbestimmungen der

Regelung zu erfüllen, die ursprünglich am 10. Dezember in Kraft treten sollten. Die
Received by NSD/FARA Registration Unit 02/25/2026 3:53:23 PM
Verschiebung wird bloß als vorübergehende Lösung angesehen, da die Administration
parallel an der vollständigen Rücknahme der Regelung arbeitet.

Kalifornien: Entwurf für Vorschriften zur Offenlegung von Klimadaten veröffentlicht

Das *California Air Resources Board (CARB)* veröffentlichte einen Entwurf der Vorschriften seines Gesetzes zur Offenlegung von Klimadaten. Es ist US-weit der bisher ambitionierteste Vorschlag und würde Unternehmen ab August 2026 verpflichten, ihre CO₂-Emissionen zu melden und eine Gebührenstruktur zur Finanzierung der Programme einzuführen. Unternehmen mit mindestens einer Milliarde US-Dollar Jahresumsatz müssten ihre direkten Emissionen und Energieverbrauch (Scope 1 und Scope 2) offenlegen. Scope-3-Reporting bleibt zunächst bis 2027 ausgesetzt. Unternehmen mit globalem Umsatz von 500 Millionen US-Dollar würden über eine Gebühr die entstehenden Kosten für die Umsetzung des Programms von CARB tragen. CARB veröffentlichte keine finale Liste betroffener Unternehmen, im September jedoch eine vorläufige Liste inklusive einer Reihe deutscher Tochterunternehmen in den USA. (pm)



In Kürze

Wir ziehen um!

Das RGIT Büro zieht zum neuen Jahr um.
Sie erreichen uns dann unter unserer neuen
Anschrift:

1909 K Street NW
Suite 750
Washington, DC 20006.

Alle anderen Kontaktdaten bleiben
unverändert.



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-378 8288

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200 | Washington
, DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

November 2025



Im Fokus



Ende des Regierungsshutdowns und seine Folgen

Präsident Trump hat ein parteiübergreifendes Finanzpaket unterzeichnet, das die Finanzierung der meisten US-Bundesbehörden bis zum 30. Januar 2026 sicherstellt. Das Paket beinhaltet zudem eine Regelung, die frühere Pläne der Trump-Regierung zum Personalabbau in mehreren Bundesbehörden während des Shutdowns rückgängig macht.

Ungeregelt bleibt jedoch die Verlängerung der Subventionen für Krankenversicherungen, die über den *Affordable Care Act* abgeschlossen wurden; ein zentraler Streitpunkt, der maßgeblich zum Shutdown beigetragen hatte. Viele Demokraten zeigten sich enttäuscht, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde, und kritisierten Parteikollegen, die gemeinsam mit Republikanern für die Beendigung des Shutdowns gestimmt hatten.

Der monatelange Finanzierungsausfall hat politische Spannungen in beiden Parteien offengelegt: Moderate Demokraten sprachen von einer gescheiterten Shutdown-Strategie, während mehrere republikanische Senatoren sich weigerten, Präsident Trumps Forderung nach Abschaffung der Filibuster-Regel zu unterstützen. Umfragen während des 43-tägigen Shutdowns deuteten darauf hin, dass Republikaner im Kongress und Präsident Trump stärker verantwortlich gemacht wurden als die Demokraten.

Die Unterbrechung der Bundesfinanzierung hatte weitreichende Folgen: Hunderttausende Bundesangestellte wurden beurlaubt, es kam zu Verzögerungen im Flugverkehr und bei Lebensmittelhilfen. Die durch den Shutdown verursachten Flugausfälle sollen bis in die frühe Weihnachtszeit nachwirken. Auch die Steuerbehörde rechnet mit Verzögerungen bei Steuererklärungen und Rückerstattungen.

Außerdem erschienen die Inflations- und Beschäftigungsdaten für September verspätet, während die Oktoberdaten laut der Trump-Regierung gar nicht veröffentlicht werden, da der Shutdown die Datenqualität beeinträchtigt habe. (jm)



Handel

US-China Deal- Trump-Xi Treffen

Bei einem Treffen Ende Oktober in Südkorea einigten sich Präsident Donald Trump und Präsident Xi Jinping auf eine einjährige Deeskalation verschiedener handelspolitischer Maßnahmen. Die USA setzen ihre im September erweiterten Exportkontrollen sowie die Hafengebühren für chinesische Schiffe für ein Jahr aus, während China ebenfalls auf Hafengebühren verzichtet und seine Exportkontrollen für seltene Erden stoppt. Zudem verschiebt Washington die Einführung höherer reziproker Zölle auf ein weiteres Jahr. Der 10-prozentige reziproke Zoll auf chinesische Waren hatte am 10. November auslaufen sollen. Bis Januar 2026 verpflichtet sich China 12 Millionen Tonnen US-Sojabohnen zu kaufen und dann jährlich 25 Millionen Tonnen für die kommenden drei Jahre. Die USA senken ihre Fentanyl-bezogenen Zölle von 20 auf 10 Prozent, im Gegenzug sagt China stärkere Maßnahmen gegen Vorläuferchemikalien zu. Trump erklärte außerdem, Xi würde die USA bei der Beendigung des Ukraine-Krieges unterstützen. China könnte künftig wieder fortschrittliche US-Chips kaufen, jedoch ohne die neuesten Blackwell-Chips.



IEEPA-Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof

Der Oberste Gerichtshof der USA (*Supreme Court*) hat sich Argumente zu dem Verfahren gegen die globalen Zölle von Präsident Trump angehört. Drei untergeordnete Gerichte hatten zuvor entschieden, dass die Zölle die Befugnisse des Präsidenten gemäß des *International Emergency Economic Powers Act* (IEEPA) von 1977 überschritten. Mehrere Richter des Obersten Gerichtshofs äußerten Zweifel, dass das Gesetz dem Präsidenten erlaubt, ohne Zustimmung des Kongresses umfassende Zölle zu erheben und warnten vor einem Präzedenzfall für zukünftige Präsidenten. Sie betonten zudem, dass es andere rechtliche Instrumente gebe, um viele der Zölle umzusetzen. Unklar blieb, ob bereits gezahlte Zölle zurückerstattet würden. Obwohl die Gerichtsperiode bis Ende Juni läuft, könnte aufgrund des Antrags der Regierung eine Entscheidung in den kommenden Monaten fallen.

Neue US-Handels- und Rahmenabkommen mit Partnerländern

Die USA haben Handelsabkommen mit Kambodscha und Malaysia sowie Rahmenabkommen mit Thailand und Vietnam abgeschlossen.

Dabei behalten die USA reziproke Zollsätze von 19 % (Malaysia, Kambodscha, Thailand) bzw. 20 % (Vietnam) bei, streichen jedoch Zölle auf ausgewählte US-Waren. Die Vereinbarungen umfassen weitreichende Maßnahmen zur Handelserleichterung, darunter (1) die Anerkennung von US-Sicherheits- und Emissionsstandards im Fahrzeugbereich, (2) vereinfachte Importlizenzen, (3) gegenseitige Konformitätsanerkennung und (4) Förderung des digitalen Handels. Zudem verpflichten sich alle Seiten zu Kooperation bei Lieferketten, staatlichen Unternehmen sowie Investitions- und Exportkontrollfragen. Die Abkommen mit Malaysia und Kambodscha enthalten eine Klausel, die den USA erlauben, sie einseitig zu beenden, wenn neue Drittstaatenabkommen „wesentliche US-Interessen gefährden“.

Parallel dazu arbeitet die US-Regierung an Rahmenabkommen mit Argentinien, Ecuador, El Salvador und Guatemala. Die USA würden Zölle von 10 % auf die meisten Waren aus Argentinien, El Salvador und Guatemala und 15 % auf Importe aus Ecuador beibehalten. Gleichzeitig sollen Zölle auf Produkte, die nicht in den USA hergestellt werden können, sowie auf ausgewählte zusätzliche Erzeugnisse abgeschafft werden. Die Partner verpflichten sich, keine digitalen Steuern auf US-Dienstleistungen zu erheben, nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen, Märkte weiter zu öffnen und Zölle auf US-Agrar- und Industriegüter zu streichen.

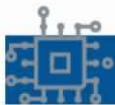
Mit der Schweiz und Liechtenstein schlossen die USA außerdem ein gemeinsames Rahmenabkommen, das beide Länder zollrechtlich gleichstellt. Die USA wenden künftig entweder den MFN-Satz oder einen kombinierten Zoll von maximal 15 % an, auch für Pharmazeutika und Halbleiter. Im Gegenzug verbessern die beiden Länder den Marktzugang für US-Waren, unter anderem durch zollfreie Industrie- und Fischereiprodukte, ausgewählte Agrargüter und Zollkontingente. Zusätzlich planen

Lkw- und Autozölle

Nach Abschluss der Section-232-Untersuchung hat die US-Regierung ab dem 1. November 2025 einen Zoll von 25 % auf mittelschwere und schwere Lkw sowie nicht USMCA-konforme Teile und 10 % auf Busse ein. Für USMCA-begünstigte Fahrzeuge wird der Zoll nur auf den Wert nicht US-amerikanischer Komponenten erhoben.

Zur Unterstützung der heimischen Produktion erhalten US-Hersteller von Lkw und Motoren ein Zollaussgleichsprogramm, das ihnen von 2025 bis 2030 eine Gutschrift von 3,75 % des Werts in den USA montierter Fahrzeuge oder Motoren ermöglicht. Parallel dazu wird das bestehende Auto-Teile-Ausgleichsprogramm um drei Jahre verlängert.

Für Stahl und Aluminium, die in der Automobil- und Lkw-Industrie verwendet werden, genehmigt die Proklamation eine Senkung der bestehenden Stahl- und Aluminiumzölle (aus früheren Proklamationen) um bis zu 50 % für bestimmte kanadische/mexikanische Hersteller, die US-amerikanische Automobil- oder Schwerfahrzeughersteller beliefern. Der angepasste Satz darf jedoch nicht unter 25 % fallen, gilt nur für USMCA-konformes Material und die Mengen sind auf das Stahl- bzw. Aluminiumvolumen begrenzt, das der neu zugesagten Produktionskapazität (vom Wirtschaftsminister festgelegt) in den Vereinigten Staaten entspricht. (sh)



Digital



USA vertiefen Technologiepartnerschaften mit Japan und Südkorea

Die USA haben neue bilaterale Vereinbarungen mit Japan und Südkorea geschlossen, die eine verstärkte Zusammenarbeit in zentralen Zukunftstechnologien markieren. Dazu gehören (1) künstliche Intelligenz (KI), (2) Quantencomputing, (3) Biotechnologie, (4) 6G-Kommunikation sowie (5) Raumfahrttechnologien.

Ein Schwerpunkt der Abkommen liegt auf der KI-Sicherheit:

Das US-amerikanische Center for AI Standards and Innovation wird gemeinsam mit japanischen und koreanischen Partnerinstituten an bewährten Verfahren für KI-Metrologie sowie an der Entwicklung internationaler Branchenstandards arbeiten.

Zudem vereinbarten die Partnerländer, den gemeinsamen Export KI-bezogener Hard- und Software zu fördern sowie Bildungsprogramme im KI-Bereich weiter auszubauen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Stärkung der Forschungssicherheit. Japan und Südkorea wollen zusammen mit den USA daran arbeiten, Sicherheitsstandards in neuen Technologien weiter zu verbessern, sowohl in der Industrie als auch in der akademischen Forschung.

Weißes Haus präzisiert neue Direktinvestitionen aus Japan

Das Weiße Haus hat neue Details zu Projekten veröffentlicht, die durch das zuvor angekündigte japanische Investitionspaket in Höhe von 550 Milliarden US-Dollar im Rahmen des Zollabkommens zwischen den USA und Japan finanziert werden sollen.

Während die entsprechende Exekutivanordnung formuliert, dass „die japanische Regierung sich bereit erklärt hat, 550 Milliarden US-Dollar in den Vereinigten Staaten zu investieren“, stellt die aktuelle Erklärung klar, dass die Mittel sowohl von der japanischen Regierung als auch von privaten japanischen Unternehmen stammen werden.

Bis zu 402 Milliarden US-Dollar sollen in Energieinfrastrukturprojekte fließen, darunter kleine modulare Kernreaktoren und moderne Gasturbinen. Weitere 75 Milliarden US-Dollar sind für KI-bezogene Infrastruktur vorgesehen, insbesondere für Kraftwerksausrüstung zur Versorgung neuer Rechenzentren.

Darüber hinaus sieht die Regierung rund 5 Milliarden US-Dollar für Projekte zur Förderung kritischer Mineralien und etwa 1,45 Milliarden US-Dollar für die Infrastruktur von US-Häfen vor.

USA investieren weiter in Unternehmen, die kritische Mineralien verarbeiten
Die US-Regierung investiert erneut in den Aufbau einer heimischen Lieferkette für kritische Mineralien. Zwei US-Hersteller von Dauermagneten erhalten insgesamt 750 Millionen US-Dollar an staatlicher Unterstützung sowie 630 Millionen US-Dollar an privaten Investitionen, um eine vertikal integrierte inländische Magnetproduktion aufzubauen. Ziel ist eine jährliche Produktionskapazität von 10.000 Tonnen.

Die Firma Vulcan Elements erhält 620 Mio. US-Dollar als Direktdarlehen vom Office of Strategic Capital (OSC) des Pentagon und 50 Mio. US-Dollar vom US-Wirtschaftsministerium (DOC) über Mittel des CHIPS and Science Act, zusätzlich zu 550 Mio. US-Dollar privaten Kapitals. Die Firma ReElement wird mit einem Direktdarlehen von 80 Mio. US-Dollar durch das OSC unterstützt, das durch entsprechende private Mittel ergänzt wird.

Das US-Verteidigungsministerium (DOD) erhält eine nicht näher genannte Anzahl von Optionsscheinen auf ReElement-Aktien. Die Investitionen des OSC werden durch den republikanisch unterstützten *One Big Beautiful Bill Act* finanziert, der im Sommer dieses Jahres in Kraft getreten ist. (jm)



Energie

US-Regierung erweitert Liste kritischer Rohstoffe

Das US-Innenministerium (DOI) hat eine neue Liste kritischer Rohstoffe für 2025 des *U.S. Geological Survey* (USGS) veröffentlicht. Gelisteten Rohstoffen eröffnen sich verschiedene neue Möglichkeiten für staatliche Subventionen in Form von Zuschüssen und Darlehen des US-Energieministeriums (DOE) und des US-Verteidigungsministeriums (DOD). Allerdings drohen sie ebenfalls Gegenstand neuer Zölle gemäß Section 232 auf importierte kritische Rohstoffe zu werden. Relevanten Projekten ist eine beschleunigte Genehmigung nach den FAST-41-Regeln erlaubt. Die 2025 neu hinzugefügten Stoffe sind Kalisalz, Kupfer, Silber, Rhenium, Blei, Silizium, Bor und Phosphat. Auch Hüttenkohle für die Stahlproduktion steht auf der Liste. Arsen und Tellur behielten ihre Benennung trotz früherer Überlegungen, sie zu streichen. Die Liste umfasst nun 60 Mineralien, gegenüber 50 unter der Biden-Regierung.



Die Veröffentlichung der Liste erfolgt im Rahmen einer regierungsweiten Initiative zur Sicherung neuer Quellen für kritische Mineralien durch den Abschluss neuer Abkommen mit Partnerländern, den Ausbau des heimischen Bergbaus und strategische Investitionen der Regierung in Unternehmen für kritische Mineralien wie Trilogy Metals, Vulcan Elements und ReElement Technologies. US-Finanzminister Scott Bessent äußerte sich optimistisch, dass die USA und China sich bis Ende November im Streit um ein Exportabkommen für seltene Erden einigen könnten.

Präsident Trump sanktioniert russische Ölkonzerne

Frustriert über die mangelnden Fortschritte bei der Erreichung eines Friedens- und Waffenstillstandsabkommens in der Ukraine hat Präsident Trump Sanktionen gegen Russlands größte Ölkonzerne unterzeichnet. Die Sanktionen richten sich gegen Lukoil, Russlands größten privaten Energiekonzern, und Rosneft, einen staatlichen Konzern. Ziel der Sanktionen ist, beide Unternehmen zu zwingen, Vermögenswerte im Ausland zu verkaufen und ihre Pipeline-Lieferungen an europäische Staaten einzustellen. Die Maßnahmen verbieten den Verkauf von russischem Öl in US-Dollar, der gängigen Währung für den internationalen Ölhandel. Der Einfluss der Sanktionen auf Käufe russischen Öls durch Indien und China dürfte gering bleiben.

Ein Verkauf der internationalen Vermögenswerte von Lukoil ist nach dem Scheitern eines Deals mit dem Schweizer Unternehmen Gunvor zurzeit unklar. Lukoil betreibt ein Netzwerk von Tankstellen in ganz Europa, Raffinerien in Rumänien und Bulgarien sowie eine Kraftstoffverarbeitungsanlage in den Niederlanden und verkauft Öl nach Ungarn und in die Slowakei. Nach einem Besuch in Washington, D.C., sicherte sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán eine begrenzte Verlängerung der Sanktionen gegen Ungarn um ein Jahr und versprach im Gegenzug den Bau kleiner modularer Kernreaktorprojekte mit US-Technologien im Wert von 20 Milliarden US-Dollar sowie den Kauf von US-Energie- und Verteidigungsgütern im Wert von 1,3 Milliarden US-Dollar.

Die Ankündigung der Sanktionen wirft nun die Frage auf, ob sich der Senat erneut einem bereits vorgeschlagenen Sanktionspaket widmen wird. Der von Senator Lindsey Graham (R-SC) und Senator Richard Blumenthal (D-CT) vorangetriebene Gesetzentwurf hat über 80 Mitunterstützer und würde unter anderem Zölle auf Länder erheben, die russische Energie importieren, sowie sekundäre Sanktionen gegen Unternehmen verhängen, die an der russischen Energieproduktion beteiligt sind.

EPA schlägt gelockerte PFAS-Meldepflichten vor, auch für Importe

Die vorgeschlagene Regel würde die Meldepflichten für die Produktion und Verwendung von Perfluoralkyl- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), sogenannte „Ewigkeitschemikalien“ reduzieren. Unternehmen müssten dann Folgendes nicht mehr melden: (1) PFAS, die in Mischungen oder Produkten in Konzentrationen von 0,1 % oder weniger hergestellt (einschließlich importiert) werden, (2) importierte PFAS-Artikel, (3) bestimmte Nebenprodukte, (4) Verunreinigungen, (5) PFAS, die für Forschungs- und Entwicklungszwecke verwendet werden, und (6) nicht isolierte Zwischenprodukte. Die ursprüngliche Regelung aus der Biden-Ära verpflichtet Unternehmen, weite Teile der Herstellung und den Import von PFAS aus den Jahren 2011 bis 2022 zu melden. (pm)



In Kürze

RGIT Webinar zum US-China Abkommen

Das im Oktober angekündigte US-China-Abkommen verspricht Unternehmen zumindest vorübergehende Entlastung von eskalierenden Zöllen und restriktiven Exportkontrollen zwischen den beiden größten Volkswirtschaften. Für europäische Unternehmen bleiben jedoch viele Fragen hinsichtlich der Auswirkungen des Abkommens auf ihre Geschäftstätigkeit in beiden Märkten und ihre globalen Lieferketten offen.

Um näher zu beleuchten, was bisher über das Abkommen bekannt ist, und die Dynamiken zu erkunden, die die nächste Phase der US-chinesischen Beziehungen prägen, lädt RGIT zu einem virtuellen Briefing und einer Diskussion mit Thomas König, Referatsleiter China bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und AJ Cortese vom US-China Business Council ein. Das Webinar findet am Montag, den 8. Dezember um 15:00 Uhr deutscher Zeit (9:00 Uhr ET) statt. Den Registrierungslink finden Sie hier.



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200 | Washington
DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Oktober 2025



Im Fokus



Im Fokus: US-Haushaltssperre geht in die dritte Woche

Seit dem 1. Oktober steht die US-Regierung still, Bundesministerien und Behörden werden nicht mehr finanziert, weil sich Demokraten und Republikaner im Kongress nicht auf einen Haushalt für das Jahr 2026 einigen können. Die Demokraten im Senat lehnen eine von den Republikanern geforderte Haushaltsverlängerung ab und verlangen einen alternativen Haushaltsentwurf. Unter anderem würde der Gesetzesvorschlag der Demokraten

Subventionen für Krankenversicherungen für Menschen in unteren und mittleren Einkommensschichten verlängern, die am Ende des Jahres auslaufen sollen. Republikaner fordern hingegen, dass Verhandlungen über solche Subventionen erst nach der Verabschiedung eines Finanzpakets stattfinden sollen.

Derweil steigen die Kosten der Haushaltssperre immer weiter. Etwa 750.000 der ungefähr zwei Millionen Bundesangestellte sind vorübergehend zwangsbeurlaubt. Als essenziell eingestufte Beamte müssen derzeit unbezahlt weiterarbeiten. Die Veröffentlichung einiger Wirtschaftsindikatoren wie Arbeitslosenzahlen und Inflationsraten wird wegen der Haushaltssperre verzögert. Schätzungen zufolge führen solche Finanzierungsausfälle pro Woche zu einem Rückgang des jährlichen realen BIP im Quartal um 0,1 bis 0,2 Prozent.

Ein Weg aus der jetzigen Sackgasse ist derzeit nicht in Sicht. Der Druck auf beide Parteien wächst je länger der Shutdown andauert und weitere öffentlichen Dienstleistungen runtergefahren werden. (jm)



Handel

Zollsenkungen für EU-Produkte werden umgesetzt

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) und das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) haben im Federal Register bekannt gegeben, dass die im Juli angekündigten Zollsenkungen für aus der EU stammende Autos, Luft- und Raumfahrtimporte, Generika und bestimmte natürliche Ressourcen gemäß dem EU-US-Handelsabkommen umgesetzt werden. Die Ministerien bestätigen, dass die EU die Anforderungen des

Rahmenabkommens erfüllt hat, indem sie den Gesetzesvorschlag zur Einführung von

Zollsenkungen für US-Industriegüter vorgelegt hat. Infolgedessen werden die USA rückwirkend zum 1. August 2025 den höheren der beiden folgenden Zollsätze anwenden: Entweder den US-Meistbegünstigungszollsatz (MFN) oder einen Zollsatz von 15 Prozent auf Artikel, die gemäß der Proklamation 10908 (Anpassung der Einfuhren von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen in die Vereinigten Staaten) und in Anhang II Teil A aufgeführt sind. Produkte der Europäischen Union, die in Anhang I und Anhang II Teil B aufgeführt sind und den festgelegten Anwendungsbeschränkungen entsprechen, sind von den gegenseitigen Zöllen mit rückwirkendem Inkrafttreten zum 1. September 2025 ausgenommen.



Section 232 Zölle auf Holz, Schnittholz und Holzwerkstoffe

Nach einer Untersuchung gemäß Section 232 kam das US-Wirtschaftsministerium (DOC) zu dem Schluss, dass die derzeitigen Mengen und Umstände der Einfuhren von Holzprodukten die nationale Sicherheit zu beeinträchtigen drohen. Mit Wirkung zum 14. Oktober wird ein Zollsatz von 10 % auf Weichholz und Schnittholz, 25 % auf bestimmte gepolsterte Holzprodukte (Erhöhung auf 30 % am 1. Januar 2026) und 25 % auf Küchenschränke und Waschtische (Erhöhung auf 50 % am 1. Januar) erhoben. Handelspartner, die Rahmenhandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten geschlossen haben, werden vorteilhafter behandelt: Für die Europäische Union und Japan gilt eine Obergrenze von 15 % (einschließlich des Meistbegünstigungssatzes) für Holzprodukte. Der zusätzliche Zollsatz für Holzprodukte aus dem Vereinigten Königreich beträgt höchstens 10 %. Die Regierung beabsichtigt, der möglichen Unterbewertung von Holzprodukten durch die Einrichtung eines Verfahrens zur Feststellung solcher Fälle entgegenzuwirken. Der US-Wirtschaftsminister wurde außerdem angewiesen, ein Verfahren für weiterverarbeitete Produkte einzuführen, wie es bereits für andere sektorale Zölle besteht.

Section 301 Untersuchung zum chinesischen Schiffbau

Nach zwei öffentlichen Konsultationen kündigte das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) Änderungen bei bestimmten Aspekten der am 17. April 2025 beschlossenen Maßnahmen zur Wiederbelebung des US-amerikanischen Schiffbaus an und bat um öffentliche Stellungnahmen zu mehreren vorgeschlagenen weiteren Änderungen dieser Maßnahmen. Zu den wesentlichen Aspekten der angekündigten Änderungen gehören: (1) Änderung der Berechnungsgrundlage für Dienstleistungsgebühren für Betreiber von im Ausland gebauten Fahrzeugtransportschiffen (Annex III) und Festsetzung der Gebühr auf 46 USD (statt 14 USD) pro Nettotonne ab dem 14. Oktober 2025 (diese Dienstleistungsgebühr wird maximal fünf Mal pro Jahr und Schiff erhoben); (2) die rückwirkende Aufhebung einer Bestimmung vom 17. April 2025, die die Aussetzung von Exportlizenzen für Flüssigerdgas (LNG) erlaubt, wenn bestimmte Beschränkungen für die Verwendung von im Ausland gebauten Schiffen nicht eingehalten werden; und (3) die Einführung von Zöllen in Höhe von 100 Prozent auf bestimmte Schiff-zu-Land-Kräne und Frachtschlaggeräte. Das USTR schlägt außerdem weitere Änderungen an den im April ergriffenen Gegenmaßnahmen vor und bittet um öffentliche Stellungnahmen zu folgenden Punkten: (1) Ergänzung einer Ausnahmeregelung von den Gebühren für bestimmte Ethan- und Flüssiggas (LPG)-Tanker unter Langzeitcharter; und (2) Einführung zusätzlicher Zölle von bis zu 150 Prozent auf bestimmte Frachtschlaggeräte (z. B. Gummireifen-Portalkräne) und Komponenten solcher Geräte. China kündigte an, seine eigenen Hafengebühren anzuheben, um sich der von der Trump-Regierung geplanten Erhöhung anzupassen. Weniger als ein Prozent der US-Schiffe, die jedes Jahr in China anlegen, fahren unter US-Flagge. Daher wird dieser Schritt als weitgehend symbolisch angesehen und signalisiert, dass Peking auf alle Maßnahmen der USA gegen China mit Gegenmaßnahmen reagieren wird. Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und China eskalierten weiter, nachdem Peking neue Exportkontrollen für strategische Mineralien und verwandte Produkte eingeführt hatte. Präsident Trump reagierte mit einem Beitrag auf der Social-Media-Plattform Truth Social und drohte mit neuen Zöllen in Höhe von 100 Prozent für China. (sh)



Digital

US-Wirtschaftsministerium erweitert Ausfuhrkontrollen auf Tochtergesellschaften

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) im US-Wirtschaftsministerium hat eine Regelung zur Vergabe von Ausfuhrgenehmigungen veröffentlicht. Darin sollen die Anforderungen auf alle Unternehmen ausgeweitet werden, die mindestens zur Hälfte im Besitz einer oder mehrerer Organisationen sind, die auf der sogenannten Entity Liste oder der Listen für *Military End-User* (MEU) oder *Specially Designated Nationals and Blocked Persons* (SDN) des US-Finanzministeriums stehen. Das BIS weist in der Verordnung darauf hin, dass eine ähnliche 50-Prozent-Schwelle für die SDN-Liste bereits besteht, was einigen Unternehmen einschlägige Erfahrungen mit der Einhaltung von Vorschriften verschaffen dürfte. Unternehmen oder Organisationen mit bedeutender Mindestbeteiligung an einer auf den oben genannten Listen aufgeführten Firma, könnten aufgrund des Risikos einer Umleitung von Exporten an eine aufgeführte Firma ebenfalls vom BIS verwarnt werden. Um ihre Güter weiter exportieren oder transferieren zu können, müssen diese Unternehmen sich entweder den Anforderungen des BIS beugen oder eine Sondergenehmigung einholen. Die Regelung trat am 29. September in Kraft. Eine befristete allgemeine Genehmigung für Exporte in bestimmte Länder von nicht aufgelisteten Unternehmen, die nun unter die 50-Prozent-Beteiligungsregel fallen, läuft am 1. Dezember aus.



Kalifornien: Datenmakler zur Offenlegung von Datenweitergabe verpflichtet

Kalifornien hat drei neue Datenschutzgesetze verabschiedet, die einfachere Opt-out- und Kontolöschungsverfahren für Nutzer sowie neue Transparenzanforderungen für Datenmakler beinhalten. Der sogenannte *Opt Me Out Act* (AB 566) verpflichtet Internetbrowser ab 2027, Nutzern die

Möglichkeit zu geben, die Weitergabe ihrer Daten an alle Webseiten zu untersagen. Ein zweites Gesetz, AB 656, verpflichtet Social-Media-Plattformen, klare und einfache Verfahren zur Sperrung oder Löschung von Nutzerkonten anzubieten. Das dritte Gesetz, SB 361, führt neue Offenlegungspflichten für Datenmakler ein. Diese sind verpflichtet, Verbrauchern Einsicht zu gewähren, ob ihre personenbezogenen Daten sowie Informationen über ihre sexuelle Orientierung, ihren Einwanderungsstatus, ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft oder biometrische Daten verkauft oder weitergegeben wurden. Datenmakler müssen den Verbrauchern außerdem Links zur Verfügung stellen, über die sie ihre personenbezogenen Daten löschen oder korrigieren können. Außerdem müssen Einzelpersonen über ihre Datenschutzrechte informiert werden und darüber, wie sie die Weitergabe ihrer Daten verhindern können. (jm)



Energie

US-Administration stellt Pläne zur Wiederbelebung der Kohleindustrie vor

In einer konzertierten Aktion haben das US-Innenministerium (DOI), das US-Energieministerium (DOE) und die US-Umweltschutzbehörde (EPA) Maßnahmen und neue Ausgabenprogramme angekündigt, um den Rückgang der US-Kohleindustrie zu stoppen und diese „für Jahrzehnte“ aufrechtzuerhalten. Beim DOI umfasst der Plan unterstützende Maßnahmen, wie die



Senkung der an die Bundesregierung zu zahlenden Lizenzgebühren für geförderte Kohle auf Bundesländereien sowie die Freigabe von 5,2 Millionen Hektar Land für neue Kohlebergbauprojekte. Das DOE wird 625 Millionen US-Dollar für den Bau neuer und die

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/25/2026 3:53:23 PM
Erweiterung bestehender Kohlekraftwerke bereitstellen. Ein Teil der Mittel wird für die Installation von Systemen zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung verwendet. Bei der EPA wurden Teile des Plans bereits Anfang des Jahres im Rahmen von Deregulierungsmaßnahmen angekündigt, darunter die geplanten Aufhebungen der Kraftwerksemissionsregel der Biden-Administration und beinahe aller Beschränkungen für Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus sieht der Plan vor, dass die EPA die Vorschriften der Biden-Administration zur Behandlung von Abwasser und giftigen Metallen überdenken und aufheben wird. Die Pläne ergänzen frühere Maßnahmen der Trump-Administration, die, unter Berufung auf Notfallbefugnisse, bald stillzulegende Kohlekraftwerke zwingen am Netz zu bleiben.

Trump streicht Förderung für Projekte in demokratisch-regierten Bundesstaaten

Die Trump-Administration strich eine Reihe von Fördermitteln für erneuerbare Energieprojekte in von Demokraten regierten Bundesstaaten, darunter zwei Wasserstoff-Hubs und Projekte, die von ausländischen Tochtergesellschaften betrieben werden. Russel Vought, Direktor des *Office of Management and Budget* (OMB), gab auf X/Twitter bekannt, dass das DOE 223 Projekte im Gesamtwert von mehr als 7,5 Milliarden US-Dollar beenden werde, die von der Biden-Administration für Förderungen ausgewählt worden waren. Das DOE argumentiert, die Projekte wären ohne ordnungsgemäße Prüfung ausgewählt worden, und dass interne Überprüfungen ergeben hätten, dass diese Projekte „nicht den wirtschaftlichen, nationalen Sicherheits- oder Energiesicherheitsstandards entsprechen, die für eine Fortsetzung der Investitionen erforderlich sind“. Eine von Journalisten veröffentlichte vorläufige Liste umfasst unter anderem die vom Infrastrukturpaket IJJA/BIL von 2021 finanzierten Wasserstoffzentren in Kalifornien und im pazifischen Nordwesten sowie Projekte, die von ausländischen, zum Teil deutschen, Tochtergesellschaften entwickelt wurden. Energieminister Wright kündigte weitere Streichungen an. Die Empfänger haben nach Ankündigung 30 Tage Zeit, um gegen die Streichungen Einspruch einzulegen. Am selben Tag fror Vought fast 18 Milliarden US-Dollar an Bundesmitteln für zwei große Infrastrukturprojekte in New York City ein.

Erneuter Vorstoß für Reform von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Seit Jahren besteht im Kongress ein überparteiliches Interesse an einer Reform für Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieprojekte. Demokratische Abgeordnete fordern lange schon einfachere Verfahren und Stellrecht für Fern- und Übertragungsnetze. Der Ausbau des US-Stromnetzes ist notorisch langwierig; teilweise brauchen Übertragungsnetze bis zu 20 Jahre von ihrer Planung bis zur Fertigstellung. Republikanische Abgeordnete fordern ähnliche Vereinfachungen für den Bau von neuen Gas-Pipelines sowie fossilen und Atomkraftwerken. Überparteiliche Reformvorschläge waren in den letzten drei Jahren stets gescheitert.

Eine neue Initiative im US-Repräsentantenhaus unter Führung einer Gruppe gemäßiger Abgeordneter beider Parteien legte nun einen neuen Plan vor, der den Bau neuer Energieinfrastrukturen beschleunigen würde. Die Initiative soll Verfahren sowohl für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien und den Netzausbau als auch Projekte im Bereich fossiler Brennstoffe wie Pipelines beschleunigen. Sie wird von den Abgeordneten Scott Peters (D-CA), Gabe Evans (R-CO), Brian Fitzpatrick (R-PA) und Tom Suozzi (D-NY) angeführt und von 50 Repräsentanten unterstützt. Enthalten sind einige Industrieprioritäten, wie eine Begrenzung des Umfangs von sogenannten NEPA-Prüfungen sowie Beschränkungen für Klagen zu NEPA-Genehmigungen. Der Energie- und Wirtschaftsausschuss des Repräsentantenhauses wird die Initiative in Gesetzesform bringen und könnte ihn bereits mit ähnlichen Vorschlägen des Senats kombinieren. (pm)



TBI besucht Washington DC

Anfang Oktober war eine Delegation der Transatlantic Business Initiative (TBI) zu Besuch in Washington DC. Trotz des Regierungsschuttdowns hatten die Teilnehmer sehr



Geführt von Dr. Tobias Meyer, Vorstandsvorsitzender der DHL Gruppe, setzt sich die TBI für die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, den USA und Kanada ein. Die Initiative wird von vier Wirtschaftsverbänden getragen: Dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), dem Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und dem Bundesverband deutscher Banken (BdB).



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200 | Washington, DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Januar 2026



Im Fokus



Haushaltsverlängerung soll drohenden Shutdown verhindern

Das Repräsentantenhaus hat bislang acht von zwölf Haushaltsgesetze für die Finanzierung verschiedener US-Bundesbehörden verabschiedet, die meisten davon mit parteiübergreifenden Mehrheiten. Die in November in Kraft getretene Haushaltsverlängerung läuft am 30. Januar aus. Der Senat und der Präsident müssen noch zustimmen. Zurzeit wollen fast alle Entscheidungsträger einen erneuten Shutdown verhindern.

Die aktuellen Verhandlungen betreffen hauptsächlich zwei Bereiche: Gesundheitspolitik und die Finanzierung des Ministeriums für Innere Sicherheit (DHS). Im

Gesundheitsbereich gibt es noch keine Einigung über die Finanzierung von Forschungsaktivitäten durch das *National Institute of Health*. Die Trump-Administration und die republikanischen Kongressabgeordneten befürworten mehrjährige Beihilfen für Forschungsprojekte, was die gesamte Zahl von geförderten Projekten verringern würde. Viele Demokraten hingegen fordern mehrere kurzfristige Forschungssubventionen. Der Ausfall der Subventionen für Krankenversicherungen im Rahmen des *Affordable Care Acts*, der Auslöser des jüngsten Shutdowns, bleibt ungelöst. Das Repräsentantenhaus hatte eine dreijährige Verlängerung der Subventionen mit den Stimmen aller Demokraten und 17 Republikaner verabschiedet. Republikaner im Senat fordern Änderungen, aber der Weg zu einem mehrheitsfähigen Beschluss bleibt unklar.

Unmut seitens der Demokraten über Gewalttaten von Agenten der US-Einwanderungsbehörde (ICE) verhindert eine Einigung über die Finanzierung des zuständigen Ministeriums DHS. Demokraten verlangen neue Regeln für ICE als Bedingungen für ihre Unterstützung. Einige Republikaner zeigen sich Kompromissbereit, aber die kurze Frist macht eine Haushaltsverlängerung im Heimatschutzbereich wahrscheinlicher. (jm)



Es ist wieder Zeit für die alljährliche Umfrage „**German American Business Outlook**“ (**GABO**). Alle deutschen Tochtergesellschaften in den USA sind zur Teilnahme aufgerufen. Die Antworten bieten wertvolle Einblicke in deren Perspektiven zum transatlantischen Handel zwischen Deutschland und den USA. Im Fokus stehen diesmal Themen wie Zölle, Personalentwicklung und Investitionstrends für 2026.

Die Ergebnisse werden am 5. und 6. März 2026 auf dem German American Executive Summit in New Orleans vorgestellt.



Halbleiterindustrie: Phasenweise Einführung von US-Zöllen geplant

Nach Abschluss der nationalen Sicherheitsuntersuchung nach Section 232 zu Importen von Halbleitern und Halbleiterfertigungsausrüstung empfahl das US-Wirtschaftsministerium (DOC) einen zweistufigen Maßnahmenplan. In der ersten Phase wird während der laufenden Verhandlungen der Vereinigten Staaten mit Handelspartnern ein Zollsatz von 25 Prozent ab dem 15. Januar auf eine eng begrenzte Kategorie von Halbleitern erhoben, die als Schlüsselkomponenten für die Industrie der künstlichen Intelligenz gelten. Der Anhang (Annex) enthält eine Liste der betroffenen Produkte, und ein Faktenblatt des Weißen Hauses nennt Nvidias H200-Chip und AMDs MI325X als Beispiele. Die Bekanntmachung sieht Ausnahmen für Chips vor, die für den Einsatz in US-amerikanischen Rechenzentren, in der Forschung, in Verbraucheranwendungen sowie für andere Zwecke importiert werden, die nach Einschätzung des DOCs die inländischen Lieferketten oder die heimische Produktion stärken. Nach Abschluss der Verhandlungen mit Handelspartnern – der Bekanntmachung zufolge möglicherweise bereits innerhalb von 90 Tagen – soll eine zweite Phase der Zölle beginnen. Für diese Ausweitung hat die Regierung bislang weder konkrete Sätze noch den genauen Anwendungsbereich festgelegt, deutete jedoch an, dass die Zölle „signifikant“ ausfallen könnten und verwies zugleich auf die Möglichkeit eines Zollausgleichsprogramms zur Förderung der inländischen Produktion.



DOC: Kritische Mineralien gefährden US-innere Sicherheit

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat die nationale Sicherheitsuntersuchung nach Section 232 zu Importen kritischer Mineralien abgeschlossen und festgestellt, dass Importe verarbeiteter kritischer Mineralien und deren Derivate (wie Seltenerdminerale) die nationale Sicherheit der USA gefährden. Grund dafür ist die starke Abhängigkeit von ausländischen Quellen bei der Verarbeitung von Rohstoffen sowie die schwache inländische Verarbeitungskapazität. Diese Abhängigkeit führt zu Risiken in den Lieferketten, zu Preisschwankungen und schwächt die US-Industrie. Zur Behebung dieser Risiken weist Präsident Trump den US-Wirtschaftsminister und den US-Handelsbeauftragten an, mit Handelspartnern Vereinbarungen zu treffen, einschließlich der möglichen Einführung von Preisuntergrenzen für den Handel mit

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/25/2026 3:53:23 PM
kritischen Mineralien. Werden innerhalb von 180 Tagen keine zufriedenstellenden Abkommen erzielt oder erweisen sie sich als unwirksam, kann die Regierung weitere Maßnahmen wie Zölle oder Mindestimportpreise in Betracht ziehen, um die Abhängigkeit von ausländischen Lieferketten zu verringern.

US-Rückzug aus internationalen Organisationen

Präsident Trump hat ein Memorandum unterzeichnet, das den Rückzug der USA aus 66 internationalen Organisationen anordnet, die sich laut Regierung entgegen das Interesse der USA stellen. Die Entscheidung folgt einer Überprüfung des US-Außenministeriums zur Beteiligung an internationalen Gremien. US-Behörden sollten ihre Kooperationen mit und Finanzierungen von diesen Organisationen so schnell wie möglich beenden. Dazu zählt auch die UN-Handels- und Entwicklungsorganisation UNCTAD, die 1964 zur Unterstützung von Entwicklungsländern im Welthandel gegründet wurde. Das Weiße Haus will dadurch Steuergelder für Organisationen einsparen, die aus deren Sicht ineffizient arbeiteten oder „globalistische Agenden“ beschäftigten. Ausgenommen von der neuen Anordnung ist die Welthandelsorganisation WTO, deren US-Finanzierung im vergangenen Jahr wieder aufgenommen wurde. Die Überprüfung weiterer internationaler Organisationen steht laut US-Regierung noch aus.

Zollerhöhungen auf Möbelimporte verschoben

Die geplanten Zollerhöhungen auf Polstermöbel, Küchenschränke und Waschtische sind von der Trump-Administration um ein Jahr verschoben worden. Die Beibehaltung der aktuellen Zölle von 25 Prozent wurde mit „konstruktiven Verhandlungen“ mit den Handelspartnern begründet. Die ausgesetzten Erhöhungen hätten die derzeitigen 25-Prozent-Zölle auf bis zu 30 Prozent für Polstermöbel und bis zu 50 Prozent für Küchenschränke und Waschtische angehoben. Dennoch betonte die Administration, dass ausländische staatliche Subventionen die Wettbewerbsfähigkeit der US-Holzproduktindustrie untergraben und „eine übermäßige Abhängigkeit von ausländischem Holz, Schnittholz und daraus hergestellten Erzeugnissen könnte die Verteidigungsfähigkeit, die Bauwirtschaft und die wirtschaftliche Stärke der Vereinigten Staaten gefährden.“ Holzprodukte mit Ursprung in der Europäischen Union unterliegen gemäß der Bekanntmachung von September einem Zollsatz von höchstens 15 Prozent. (sh)



Digital



BIS erlässt neue Regel für den Export von Spitzenhalbleitern nach China

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) im US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat eine neue Regel erlassen, die den von Präsident Donald Trump angekündigten Export bestimmter Spitzenhalbleiter nach China ermöglicht.

Chiphersteller müssen für entsprechende Lieferungen weiterhin Genehmigungen beim BIS beantragen. Voraussetzung ist unter anderem der Nachweis, dass Exporte nach China das Angebot dieser Halbleiter für US-Kunden nicht verringern. Zudem darf das Exportvolumen nach China maximal 50 Prozent der Menge betragen, die an US-Kunden verkauft wird.

Darüber hinaus sind Exporteure verpflichtet, angemessene *Know-your-Customer*-Verfahren nachzuweisen. Weiterexporte oder Inlandstransfers der betroffenen Spitzenhalbleiter unterliegen einer sogenannten Rechtsvermutung der Verweigerung und werden vom BIS grundsätzlich abgelehnt.

Trump beschränkt Aktienrückkäufe und Dividendenzahlungen für Rüstungsunternehmen

US-Präsident Donald Trump hat per Dekret (EO) Aktienrückkäufe und Dividendenzahlungen für Unternehmen untersagt, die zentrale Waffensysteme, Materialien oder Ausrüstung liefern und vom US-Verteidigungsminister Pete Hegseth als „leistungsschwach“ eingestuft werden. Das EO legt einen besonderen Schwerpunkt auf Defizite bei der Produktionsgeschwindigkeit sowie auf unzureichende Investitionen in Produktionskapazitäten. In solchen Fällen können Strafmaßnahmen auf Grundlage des Defense Production Act verhängt werden.

Das US-Verteidigungsministerium (DOD) ist angewiesen, bestehende Verträge innerhalb von 30 Tagen zu überprüfen und betroffene Unternehmen zu benachrichtigen. Diese haben anschließend 15 Tage Zeit, gemeinsam mit dem DOD einen Sanierungsplan vorzulegen. Andernfalls droht ein Verbot von Dividendenzahlungen und Aktienrückkäufen. Zudem muss das DOD sicherstellen, dass künftige Verträge Klauseln enthalten, die unterdurchschnittlich leistungsstarken Auftragnehmern Dividendenzahlungen und Rückkäufe innerhalb von 60 Tagen untersagen. (jm)



Energie

Trotz Druck der US-Regierung: Unklarheit über Investitionen in venezolanische Ölindustrie

Nach der Gefangennahme des ehemaligen venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro rief US-Präsident Donald Trump die US-Ölindustrie zu Investitionen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar auf. In widersprüchlichen Aussagen verschiedener



US-Stellen scheint durch, dass die US-Administration die venezolanische Ölindustrie unter ihre „unbefristete Kontrolle“ stellen wollen. Dazu betont die US-Regierung Stabilität und wirtschaftliche Erholung der Energieindustrie in Absprache mit den venezolanischen „Übergangsbehörden“ und hält sich beim Thema pro-demokratischer Reformen zurück. Der US-Kongress betonte, dass US-Einnahmen aus dem Geschäft mit venezolanischem Öl unter die Aufsicht des Kongresses fallen würden.

Ein Treffen zwischen Präsident Trump und einer Reihe Regierungsvertretern mit Industrievertretern zeichnete sich Zurückhaltung bei den Vertretern von Chevron, ConocoPhillips und ExxonMobil ab. Während die Konzernvertreter auf notwendige Reformen der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Venezuela sowie Absicherungen durch die US-Regierung drängten, versprachen kleinere unabhängige Produzenten Investitionen zu tätigen. Das Weiße Haus betont, Investitionen sollen zunächst die Energieinfrastruktur in Venezuela sanieren. Marco Rubio, US-Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater, sprach von einem Plan in drei Phasen: (1) Stabilisierung der Lage in Venezuela, (2) Erholung der Wirtschaft und Versöhnung innenpolitischer Akteure in Venezuela und (3) der Übergang und die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit den USA.

Das schwere saure Rohöl aus den Reserven des Landes ist schwieriger und teurer zu raffinieren und zu exportieren, da der hohe Schwefelgehalt den Einsatz anderer Materialien erfordert. Die US-Raffinerien am Golf von Mexiko sind auf das Raffinieren sauren Öls spezialisiert.

US-Energiestatistikbüro EIA rechnet mit steigenden Energiepreisen

Die US-Energieinformationsverwaltung, der Statistikarm des US-Energieministeriums, rechnet 2026 (+1 %) und 2027 (+3 %) mit dem größten vierjährigen Anstieg des US-Strombedarfs seit dem Jahr 2000. Die Behörde verweist auf den Ausbau an Rechenzentren und ihren hohen Strombedarf sowie auf steigende LNG-Exporte, die den Bedarf nach US-Erdgas erhöhen. Die Behörde erwartet weiterhin einen Ölpreis von unter \$60 pro Barrell für 2026 und 2027 und dementsprechend keine Ausweitung der Fördermengen. Für den Henry Hub US-Benchmark prophezeit die Behörde einen leichten Abstieg auf \$3,46 pro Millionen BTU (2026) und 2027 einen rapiden Anstieg auf \$4,51/MMBTU. 2025 lag der Preis bei \$3,52/MMBTU.

Die US-Regierung befindet sich in einer zunehmenden Zwickmühle zwischen ihrer Unterstützung für den schnellen Ausbau von KI-Rechenzentren, dem Versprechen von mehr Öl- und Gasfördermengen sowie dem Versprechen niedriger Energiepreise. Der US-Bundesstaat Virginia hatte zuletzt einen neuen Stromtarif für Rechenzentren eingeführt, um den Preiseffekt für Verbraucher abzufedern.

US-Gericht gibt Bau von Ørsted's Offshore-Windprojekt wieder frei

Das US-Innenministerium erteilte im Dezember zum zweiten Mal eine Baustoppweisung an das Offshore-Windprojekt *Revolution Wind* des dänischen Energiekonzerns Ørsted, trotz dessen 90-prozentiger Fertigstellung. US-Bezirksrichter Royce C. Lamberth entschied nun zugunsten des Projekts, da es ansonsten „irreparabel geschädigt“ würde. Lamberth blockierte bereits die erste Baustoppweisung im August 2025. Ein weiteres Projekt unter Beteiligung von Ørsted, Sunrise Wind, an der Küste New Yorks erwartet ebenfalls eine Gerichtsentscheidung. Beide Projekte waren im Dezember vom US-Innenministerium angewiesen worden, Arbeiten zu unterbrechen, ebenso wie Equinors Empire Wind 1 Projekt in New York. Im Gerichtsfall um letzteres, äußerte ein Bezirksrichter vor einer noch ausstehenden Entscheidung bereits Kritik an der Argumentation des Innenministeriums.

Dieses begründet seine Entscheidung mit nationalen Sicherheitsinteressen der USA, die durch die „feindlichen Technologien“ der Projekte gefährdet würden. Die Gerichtsentscheidung im Fall Revoulion Wind zweifelt die Einschätzung des Ministeriums an und verweist auf Verletzungen des US-Verwaltungsrecht. Laut Medienberichten von Politico ordnete US-Innenminister Doug Burgum selbst den Baustopp an. Derartige direkte Einmischungen von US-Ministern in konkrete Projekte sind ungewöhnlich. (pm)



ICYMI



Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), war vom 8. bis 9. Januar 2026 zu Besuch in Washington, DC.

Im Fokus ihres Besuchsprogramm stand die Bedeutung starker transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen. Auf der Agenda standen zahlreiche Gespräche mit führenden politischen Entscheidungsträgern. Ein besonderer Höhepunkt war ein gemeinsamer Neujahrsempfang der RGIT mit der Konrad-Adenauer-Stiftung USA, bei dem Frau Gönner die Festrede hielt.



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-378-8288

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC
20006 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!